



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 21.11.2014

Niederschrift

über die **2. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 06.11.2014, 15:05 Uhr bis 17:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgit Gordes	CDU
Herr Michael Frenzel	SPD
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Rafael Christof Struwe	SPD
Herr Jörg van Geffen	SPD
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Frau Monika Roß-Belkner	CDU
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE Vertretung für Herrn Weisenstein, bis 17.00 Uhr
Herr Ralph Sterck	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Roger Beckamp	AfD	Vertretung für Herrn Mertens, ab 15.32 Uhr
Herr Thomas Hegenbarth	PIRATEN	
Frau Judith Wolter	pro Köln	ab 15.12 Uhr
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE	ab 15.10 Uhr
Herr Oliver Krems	SPD	
Herr Frank Mühr	auf Vorschlag der CDU	
Herr Ilias Uyar	auf Vorschlag der CDU	
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	ab 15.30 Uhr

Herr Laurens Wellmann auf Vorschlag der Grünen
Herr Lothar Müller DIE LINKE ab 15.10 Uhr
Herr Norbert Hilden auf Vorschlag der FDP

Verwaltung

Herr Fred Berger Amt für Liegenschaften
Frau Christina Brammen-Petry Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Eva Herr Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Ursula Herx Rechts- und Versicherungsamt
Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr
Frau Maria Kröger Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Josef Ludwig Amt für Wohnungswesen
Frau Anne Luise Müller Stadtplanungsamt
Frau Elke Müssigmann Stadtplanungsamt
Herr Bernd Pütz Bauverwaltungsamt
Herr Hans-Martin Wolff Stadtplanungsamt

Schriftführerin

Frau Marianne Michels Dezernat Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Verkehr

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Weisenstein DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Florian Mertens AfD
Herr Andreas Henseler Freie Wähler Köln
Frau Sigrid Buchholz Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Jürgen Brock-Mildenberger SPD
Frau Prof. Dr. Barbara Schock-Werner auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Ulrich Soénius auf Vorschlag der CDU

Vorsitzende Gordes eröffnet die zweite Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2014 bis 2020 und begrüßt die Anwesenden. Sie verliest die Ergänzungen zur Tagesordnung und schlägt vor, die TOP`s 5.2, 10.9, 10.10 und 13.1 vorzuziehen, weil hierbei jeweils ein Verweisungsbeschluss in die ebenfalls heute tagende Bezirksvertretung Nippes zu fassen sei. Anschließend fragt sie an, ob es seitens der Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses Änderungswünsche zur Tagesordnung gebe.

RM Kienitz bittet um Vertagung der Mitteilung zu TOP 17.1 – Wohnen in Köln -, weil er erst die zur heutigen Sitzung verteilte Broschüre hierzu sichten möchte. Ferner beantragt er eine Vertagung zu TOP 26.1 – Errichtung eines Laufhauses -. Zu dieser Thematik möchte er erst die Diskussionen in den anderen Fachausschüssen, insbesondere im Sozial- und Gesundheitsausschuss, abwarten.

Da keine weiteren Änderungswünsche vorgebracht werden, stellt Vorsitzende Gordes die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird einstimmig angenommen. Demnach ergibt sich nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Ggf. Verpflichtung weiterer sachkundiger Einwohner/innen

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 1.1 Baugenehmigungsverfahren in der Kölner Praxis
Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung am 25.09.2014
2376/2014

2 Schriftliche Anfragen

- 2.1 Mehr Wohnraum für Studenten
Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.10.2014
AN/1308/2014

Antwort der Verwaltung
3259/2014

- 2.2 Ist der Brunnen auf dem Breslauer Platz eine Fehlplanung?
Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.10.2014
AN/1341/2014

Antwort der Verwaltung
3163/2014

- 2.3 Sachstand: Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus
AN/1527/2014

3 Anträge

4 Stadtplanung - Projekte

- 4.1 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

- 5.1 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 ff. VwVfG i. V. m. §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau der Wendeanlage im Bahnhof Köln-Rodenkirchen der Linie 16" durch die HGK AG
2540/2014

5.2 Aufwertung des Ortseingangs Alt-Niehls
2558/2014

5.3 Erweiterter Baubeschluss für den Kurt-Hackenberg-Platz
2564/2014

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

7.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1532/2014
zurückgestellt

7.2 203. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld
Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1955/2014
endgültig zurückgezogen

7.3 195. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 8, Köln-Kalk
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
2584/2014

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

8.1 Städtebauliches Planungskonzept "Further Straße/Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven"
hier: Beauftragung des Investors zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
2116/2014

- 9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen**
- 10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen**
- 10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll
4205/2013
- 10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Südliche Schmiedegasse" in Köln-Weidenpesch
4265/2013
- 10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 62430/03
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
1400/2014
zurückgestellt
- 10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 70449/09
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
2091/2014
- 10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk
2221/2014
endgültig zurückgezogen
- 10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus
2675/2014
zurückgestellt
- 10.7 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Arnikaweg in Köln-Merheim
2701/2014
- 10.8 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 63451/02
Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld
2830/2014

- 10.9 Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) "Niehler Gürtel 104" in Köln-Weidenpesch;
hier: Beschluss über die Auswahl einer Konzeptvariante als Grundlage für den Bebauungsplan-Entwurf
2900/2014
- 10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Neusser Straße 774 in Köln-Weidenpesch
2829/2014
- 11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren**
- 12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen**
- 13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen**
- 13.1 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 67490/07
Arbeitstitel: Neusser Straße/Niehler Gürtel in Köln-Weidenpesch, 1. Änderung
2593/2014
- 13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 77349/04
Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 3. Änderung
2841/2014
- 14 Aufhebung von Bebauungsplänen**
- 14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 66420/06
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Bischofsweg in Köln-Raderberg
0903/2013
- 14.2 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 70469/02
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Cusanusstraße in Köln-Buchforst
1867/2014
endgültig zurückgezogen
- 14.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 70460/04
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Pyrmonter Straße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk
1872/2014
endgültig zurückgezogen

- 14.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nummer 5102
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg
2538/2014
- 14.5 Aufhebung des Bebauungsplanes 74397/02 und seiner 1. und 2. Änderung
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Josefstraße in Köln-Porz
2633/2014
- 15 Sonstige Satzungen**
- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in
Köln-Holweide
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2043/2014
endgültig zurückgezogen
- 16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen**
- 16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk: Aufstellung eines Bebauungsplanes für
die Siedlung "In der Handschaft" in Köln-Brück
0614/2014
- 16.2 Pfandringe an Müllbehältern in der Kölner Südstadt; Beschluss der BV Innen-
stadt
3007/2014
- 17 Mitteilungen**
- 17.1 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014
2976/2014
zurückgestellt
- 17.2 Kölner Stadtmodell;
hier: Erweiterung um vier Modellbauplatten
3023/2014
- 17.3 EU-Projektantrag Horizon 2020
3115/2014
- 17.4 7. Auflage der Broschüre "Der vorhabenbezogene Bebauungsplan - Ein Leit-
faden für Architekten, Bauwillige und Investoren" unter besonderer Berück-
sichtigung des "Kooperativen Baulandmodells Köln"
3030/2014

- 17.5 Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenbeseitigung und Verschönerungsmaßnahmen
Beschluss des Rates vom 28.04.2005, DS-Nr. 0629/005
3224/2014
- 17.6 Abschlussdokumentation über die Entwicklung im Sanierungsgebiet Finken-
berg in Köln-Porz
Verteilung von Druckexemplaren an die Mitglieder des Stadtentwicklungsaus-
schuss und der Bezirksvertretung Porz
3086/2014
- 17.7 Bürgermeistertreffen zur regionalen Wohnbaulandentwicklung
3185/2014
- 17.8 Musical Dome, 8. Änderungsvertrag
3306/2014
- 18 Mündliche Anfragen**
- 19 Gleichstellungsrelevante Themen**

II. Nichtöffentlicher Teil

20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

21 Schriftliche Anfragen

22 Anträge

23 Stadtplanung - Projekte

24 Gestaltungsbeirat

24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 08.09.2014
2761/2014

24.2 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 29.09.2014
3055/2014

25 Sonstige Vorlagen

25.1 Sicherung des Veedelbüros im Severinsviertel -
2980/2014

26 Mitteilungen

26.1 Errichtung eines "Laufhauses" und Hotel am Güterverkehrszentrum Köln-
Eifeltor
2821/2014
zurückgestellt

27 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Ggf. Verpflichtung weiterer sachkundiger Einwohner/innen

Zur heutigen Sitzung sind keine neuen Mitglieder zu verpflichten.

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

1.1 Baugenehmigungsverfahren in der Kölner Praxis Anfrage der FDP-Fraktion zur Sitzung am 25.09.2014 2376/2014

RM Sterck hat den Eindruck, dass es der Verwaltung an dem notwendigen Problembewusstsein mangle. Er richtet den dringenden Appell an die Verwaltung, die Missstände auszuräumen, damit potentielle Investoren sich nicht abwenden.

Beigeordneter Höing versichert, die Problematik sei ihm durchaus bewusst und er arbeite mit Nachdruck an einer Verbesserung der bestehenden Situation. So habe es in der Vergangenheit diverse Zusetzungen in dem Bereich gegeben und es werde geprüft, wie die Organisationsstrukturen verbessert werden können.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Mehr Wohnraum für Studenten Anfrage der CDU-Fraktion vom 15.10.2014 AN/1308/2014

und

Antwort der Verwaltung 3259/2014

RM Kienitz dankt der Verwaltung für die Beantwortung der Anfrage. Auch ihm sei bekannt, dass die Universität selbst keine Wohnräume für Studenten errichtet, dennoch halte er die Universität für einen wichtigen Akteur für derartige Projekte, weil diese über einen nicht unerheblichen Grundstücksbestand verfüge. Seine Anfrage habe darauf abgezielt darzulegen, wie die darin genannten Akteure miteinander vernetzt werden könnten um eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Insbesondere vor dem Hintergrund einer „wachsenden Stadt“ sei er davon überzeugt, dass es mehr Alternativen gebe, als von der Verwaltung dargestellt.

Beigeordneter Höing berichtet, die von Herrn Kienitz angesprochene Zusammenarbeit existiere bereits. Aktuell gebe es Gespräche mit dem Studentenwerk zu temporären Unterbringungsmöglichkeiten. Ferner zeige sich, dass immer mehr Private die Errichtung von Studentenwohnungen als lukrativen Markt für sich entdeckt hätten. Auch mit solchen Investoren stehe er in engem Kontakt.

Frau Kröger (Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) macht ferner darauf aufmerksam, dass preisgünstiger Wohnraum, wie er beispielsweise von der GAG angeboten werde, kaum nachgefragt werde, weil dieser sich oftmals in Lagen außerhalb des Innenstadtbereiches und insbesondere der Universität befinde. Somit sei man wieder beim Problem der Flächenverfügbarkeit angelangt, welche in der gewünschten, zentralen Lage kaum vorhanden sei.

**2.2 Ist der Brunnen auf dem Breslauer Platz eine Fehlplanung?
Anfrage der FDP-Fraktion vom 17.10.2014
AN/1341/2014**

und

**Antwort der Verwaltung
3163/2014**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**2.3 Sachstand: Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus
AN/1527/2014**

Eine schriftliche Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

3 Anträge

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Umsetzung Masterplan

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

5 Allgemeine Vorlagen

**5.1 Planfeststellungsverfahren gem. §§ 72 ff. VwVfG i. V. m. §§ 18 ff. Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG); hier: Stellungnahme zum Vorhaben "Neubau der Wendeanlage im Bahnhof Köln-Rodenkirchen der Linie 16" durch die HGK AG
2540/2014**

RM Sterck merkt an, die Vorlage müsse zeitkritisch gesehen werden, weil die darin enthaltenen Maßnahmen Auswirkungen auf die Inbetriebnahme der Nord-Süd Stadtbahn hätten. Vor diesem Hintergrund fragt er an, ob der in der Stellungnahme der Verwaltung formulierte Stopp der Baumfällungen in der Zeit vom 01.03. bis 30.09. den anvisierten Eröffnungstermin im Dezember 2015 gefährden könnte.

Herr Pütz (Bauverwaltungsamt) antwortet, den aktuellen Sachstand werde er gerne bei der Bezirksregierung erfragen und als Mitteilung zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses einbringen.

Nachdem Herr Sterck eindringlich an die Verwaltung appelliert, nicht ausschließlich auf dem Dienstweg zu agieren, sondern das direkte Gespräch zu suchen und dabei alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Maßnahme zu beschleunigen, berichtet Beigeordneter Höing über ein gestern geführtes Gespräch mit Herrn Schwarze. Dabei habe man sich darauf verständigt, die verkehrs- und stadtentwicklungspolitischen Sprecher zu einem gemeinsamen Termin einzuladen, um die Thematik eingehend zu diskutieren.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Vorsitzende Gordes die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, im Planfeststellungsverfahren die als Anlage 3 beigefügte Stellungnahme abzugeben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion die Linke.

**5.2 Aufwertung des Ortseingangs Alt-Niehls
2558/2014**

Vorsitzende Gordes begrüßt die Vorlage. Die verkehrlichen Problematiken seien gelöst worden und auch in architektonischer Hinsicht sei die überarbeitete Planung gelungen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss befürwortet das vorliegende Bebauungskonzept für die Neugestaltung des Ortseingangs Alt-Niehls inklusive der vorgeschlagenen Parkplatzanordnung von 35 öffentlichen Stellplätzen am Fuß des Dammes der Industriestraße und beauftragt die Verwaltung, im Genehmigungsverfahren auf die Umsetzung im Sinne der Empfehlungen des Gestaltungsbeirates zu achten. Drei der 35 Stellplätze sind als Carsharingplätze einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Erweiterter Baubeschluss für den Kurt-Hackenberg-Platz
2564/2014**

Vorsitzende Gordes spricht ein großes Lob an alle Teilnehmer des Workshops aus. Ihrer Ansicht nach sei das Ergebnis absolut überzeugend und sie freue sich sehr auf die Umsetzung.

Anschließend stellt Beigeordneter Höing ausführlich die Entwurfsplanung des Büros Vogt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor und kommentiert diese.

RM Frenzel begrüßt das Ergebnis des Workshops ebenfalls außerordentlich, insbesondere auch deshalb, weil nunmehr dem Wunsch der Bürger gefolgt werde, keine „Steinwüste“ zu konstruieren, sondern einen Ort mit Aufenthaltsqualität. Allerdings sei er kritisch, ob die vorgestellten Sitzmöbel aus Stein und in Riegelform hier die beste Lösung darstellen. Auch sei ihm wichtig darauf hinzuweisen, dass die Planungen zur Gestaltung des Platzes mit der noch anstehenden Bebauung an der Westseite abgestimmt werden müssen.

RM Stahlhofen hebt besonders lobend hervor, dass der Platz mit Sitzgelegenheiten ausgestattet werde, da es ihres Erachtens in dieser Stadt daran mangle. Gleiches gelte für den Wasserspender. Ihre Fraktion habe in der Vergangenheit bereits häufiger derartige Anregungen ausgesprochen.

SE Beste macht mit Blick auf vorhergehende Planungen deutlich, dass es sich gelohnt habe, hier ein neues Verfahren initiiert zu haben. Die nun vorliegende Entwurfsplanung sei qualitativ und er regt an darüber nachzudenken, die gleichen Wasserspender an mehreren Orten der Stadt zu installieren, was einen gewissen Wiedererkennungswert zur Folge hätte. Ferner halte er es für richtig, dass für den Kurt-Hackenbergs-Platz lediglich eine „zurückhaltende“ Gastronomie vorgesehen sei.

RM Roß-Belkner vermisst bei den vorangegangenen Diskussionen Aussagen zu einem Pflegekonzept und bittet die Verwaltung um eine Aussage hierzu (Kieselbett, Brunnen, Bäume).

RM Sterck geht im Folgenden auf die Mängel vorheriger Planungen ein und ist ebenso wie Herr Beste der Ansicht, dass es sich gelohnt habe, das Verfahren neu aufzurollen. Allerdings hätte er sich gewünscht, dass die nun zum Beschluss vorliegende Gestaltungsplanung zu einem früheren Zeitpunkt eingebracht worden wäre. Die unter dem Platz verlaufende U-Bahn sei bereits seit 2 Jahren in Betrieb und die Baustelle hierzu längst abgeräumt. Und auch wenn Herr Höing in seinem Vortrag verlautbart habe, dass eine Benennung des Platzes derzeit noch nicht erfolgen solle, so mache er heute den Vorschlag, diesen den Namen „Bischofsgarten“ zu geben und begründet dies mit dem historischen Bezug.

RM Pakulat begrüßt seitens ihrer Fraktion ebenfalls die vorgestellte Gestaltungsplanung. Ein Problem sehe sie indes bei den Fahrradabstellanlagen. Insbesondere wegen der Besucher der angrenzenden Museen sei zu befürchten, dass der neu gestaltete Platz als ungeordnete Abstellfläche für Fahrräder genutzt werde. Diesbezüglich sei die Verwaltung gefordert, alternative Abstellanlagen anzubieten.

Vorsitzende Gordes teilt die Sorge von Frau Pakulat. Man möge überlegen, ob an sensiblen Orten wie diesen, Fahrradabstellmöglichkeiten in der Tiefgarage angeboten werden können.

Nachdem Beigeordneter Höing kurz Stellung zu den Diskussionsbeiträgen nimmt, stellt Vorsitzende Gordes die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der Entwurfsplanung Variante 1 (Anlage 2.1) des Büros Vogt Landschaftsarchitekten AG zu und beauftragt die Verwaltung, die Fi-

finanzierung sicherzustellen und das Büro Vogt Landschaftsarchitekten AG mit der Ausführung in der vorgeschlagenen Form zu beauftragen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls der Finanzausschuss, der Verkehrsausschuss sowie die Bezirksvertretung Innenstadt ohne Einschränkung zustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

- 7.1 202. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 3, Köln-Lindenthal**
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1532/2014

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

- 7.2 203. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 4, Köln-Ehrenfeld**
Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
1955/2014

Die Vorlage hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

- 7.3 195. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 8, Köln-Kalk**
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
hier: Einleitungs- und Offenlagebeschluss
2584/2014

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt

1. für den im planungsverbindlichen Flächennutzungsplan (FNP) in der Anlage 2 dargestellten Bereich eine Planänderung gemäß § 2 Absatz 4 Baugesetzbuch (BauGB) mit dem Ziel einzuleiten, im Parallelverfahren zum Bebauungsplan 70449/09 mit gleichnamigem Titel Industrie- und Gewerbeflächen teilweise in Grün- und Gemeinbedarfsfläche umzuwandeln;

2. auf eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu verzichten, da die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 BauGB im Parallelverfahren zum Bebauungsplan bereits stattgefunden hat;
3. die 195. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtbezirk 8, Köln-Kalk – Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk – gemäß § 3 Absatz 2 BauGB mit der gemäß § 5 BauGB als Anlagen 1 bis 4 beigefügten Begründung und Umweltbericht offenzulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

**8.1 Städtebauliches Planungskonzept "Further Straße/Gilleshof in Köln-Roggendorf/Thenhoven"
hier: Beauftragung des Investors zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
2116/2014**

RM Jahn beantragt eine ergänzende Beschlussfassung hinsichtlich der Durchwegung und Ausgleichsforderung, analog der Protokollierung zum 1. Durchgang.

Vorsitzende Gordes stellt fest, dass dieser Antrag auf allgemeine Zustimmung stößt und stellt die so geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt das städtebauliche Planungskonzept "Further Straße/Gilleshof" **mit der Maßgabe, eine Option für eine Durchwegung zu den Wohngebieten 1 und 2 offen zu halten** zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, den Investor aufzufordern, auf Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes die Planung weiter zu betreiben, das heißt den Bebauungsplan-Entwurf zu erstellen.

Der Ausgleich für den Eingriff in die Vegetation hat zu 100 Prozent zu erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)

**Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll
4205/2013**

und

**Änderungsantrag der SPD- und CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion die Linke und der FDP-Fraktion
AN 1531/2014**

Vorsitzende Gordes macht auf den (als Tischvorlage verteilten) fraktionsübergreifenden Änderungsantrag aufmerksam, auf den man sich kurz vor der Sitzung geeinigt habe, und verliest diesen für alle Anwesenden.

Nachdem RM Frenzel den Änderungsantrag im Einzelnen begründet hat, stellt Vorsitzende Gordes diesen und die somit ergänzte Beschlussvorlage zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss: *(gem. Änderungsantrag der SPD, CDU, Grüne, Linke und FDP)*

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet zwischen dem Zubringer und der Max-Glomsda-Straße, westlich der Rolshover Straße in Köln-Poll —Arbeitstitel: Möbelmarkt in Köln-Poll— einzuleiten mit dem Ziel, ein Möbelhaus mit Hochregallager, einen Küchenfachmarkt sowie ein Fitnesscenter festzusetzen.

Dabei sind von der Verwaltung folgende Maßgaben und Bedingungen zu berücksichtigen:

- **Die zentrenrelevanten Randsortimente des Möbelmarktes (800 m² Verkaufsfläche) sind streng zu begrenzen, auch für eine Nachnutzung.**
- **Auch bei einer neuen Nutzung des südlich des Plangebiets liegenden Gebäudes des ehemaligen „Praktiker“ ist das zentrenrelevante Randsortiment entsprechend dem Einzelhandels- und Zentrenkonzept und den Festsetzungen des Bebauungsplans mit den geeigneten rechtlichen Mitteln ebenfalls streng zu begrenzen, auch für eine Nachnutzung. Vor Genehmigung einer neuen Nutzung ist eine Auswirkungsanalyse durchzuführen.**
- **Der verkehrliche Abfluss aus dem Gebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans soll hauptsächlich über die Autobahn geführt werden.**
- **Die verkehrliche Situation im Bereich der Kreuzung Poll-Vingster Straße/Rolshover Straße ist zu verbessern. Auf die Vorhabenträgerin ist darauf hinzuwirken, eine verkehrliche Lösung mitzufinanzieren, die den Ziel- und Quellverkehr auch im südlichen Bereich des Gewerbegebiets direkt an den östlichen Zubringer anbindet und nicht zusätzlich den Poller Ortskern belastet.**

- **Alle verkehrlichen Anforderungen und sonstigen Maßnahmen zur Aufwertung des Gewerbegebietes sind in einem Erschließungsvertrag festzuhalten.**
- **Gestalterische Planungen sind im Einvernehmen mit der Stadt durchzuführen.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.2 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Südliche Schmiedegasse" in Köln-Weidenpesch
4265/2013**

RM Jahn fragt an, ob die Verwaltung bereits Vorstellungen davon habe, wieviel Wohnraum mit Umsetzung des Projekts geschaffen werden könne. Ferner möchte sie wissen, ob die vorgesehene Jugendeinrichtung mit der Jugendeinrichtungsbedarfsplanung abgeglichen worden sei.

RM Sterck geht im Folgenden auf die verkehrlichen Aspekte ein. Und zwar sei in der Vorlage formuliert, dass mit dieser Maßnahme das „Verkehrskonzept Weidenpesch“ umgesetzt werde. Ein solches Verkehrskonzept sei ihm nicht bekannt und er bittet die Verwaltung, dieses bei Rücklauf der Vorlage umfassend vorzustellen.

SE Thelen erläutert, in Nippes fehlten für die Sekundarstufe 1 circa 10 Züge und für die Sekundarstufe 2 mittelfristig 4 Züge. Insofern sei es sinnvoll, im Bezirk Nippes eine zweite Gesamtschule zu errichten.

Vorsitzende Gordes bittet die Verwaltung, die hier gestellten Fragen bis zum Rücklauf der Vorlage zu beantworten und stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung und die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 62430/03
Arbeitstitel: Werthmannstraße in Köln-Lindenthal
1400/2014**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

**10.4 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes 70449/09
Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk
2091/2014**

RM Hegenbarth fragt an, was gegen die von der Bezirksvertretung Kalk gewollte Bürgerversammlung spreche.

SE Krems geht im Folgenden ausführlich auf die diversen Zielsetzungen der Bauleitplanung ein. Die Planung halte er insgesamt für gelungen und die SPD-Fraktion begrüße die Vorlage. Allerdings wolle er auch die Diskussion in der Bezirksvertretung Kalk aufgreifen, wonach Forderungen geäußert wurden, den Stadtteil mit mehr Grün zu versorgen. So möge die Kantstraße als Wegeverbindung nicht gänzlich aufgegeben werden. Bei allem Verständnis für den Wunsch der Schule sich abzugrenzen, so möge doch offener gedacht werden. Die SPD-Fraktion stellt daher folgenden Ergänzungsantrag zu der Beschlussvorlage:

„Zugunsten der Allgemeinheit soll ein Wegerecht zwischen der Hollweghstraße und dem neuen Grünzug in den Bebauungsplan mit aufgenommen werden.“

RM Stahlhofen unterstützt den von Herrn Krems formulierten Änderungsantrag.

SE Thelen zeigt seinen Unmut zu den Ausführungen unter Punkt 5.3 der Begründung (Anlage 3). In Anbetracht des Alters der Schüler, 10 Jahre und älter, sei es völlig unnötig, das Gelände einzuzäunen. Vielmehr widerspreche dies dem pädagogischen Auftrag der Schule, wonach die Schüler zur Selbstständigkeit zu erziehen seien. Auch das Argument, dies leite sich aus der „Aufsichtspflicht“ ab, sei schlichtweg falsch. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich daher klar gegen eine Einfriedung des Schulgeländes aus, insbesondere weil es sich um einen innerstädtischen Bereich handele. Stattdessen stelle sie den Antrag, die Verwaltung möge sicherstellen, dass eine vollständige Durchwegung sicherzustellen ist. Ferner möge sie prüfen, ob der Grünzug auch als Schulhof genutzt werden könne, analog der Bildungslandschaft Altstadt-Nord.

RM Zimmermann ergänzt, auch auf dem Heliosgelände sei vorgesehen, die inklusive Universitätsschule für die Öffentlichkeit zu öffnen. Wenn es dort möglich sei, müsse dies auch für Kalk gelten.

RM Frenzel spricht sich ebenfalls klar gegen eine Einfriedung der Schule aus und unterstützt die Aussagen des Herrn Thelen. Auch aus städtebaulicher Sicht sei dies abzulehnen. Bezüglich der Forderung der Bezirksvertretung Kalk auf Durchführung einer öffentlichen Informationsveranstaltung schlägt er vor, dass die Bezirksvertretung diese in eigener Verantwortung organisiert und durchführe, um hier keinen Präzedenzfall zu schaffen.

Frau Müssigmann (stellv. Leiterin des Stadtplanungsamtes) dankt Herrn Frenzel für seine Einschätzung. Führe man hier eine öffentliche Informationsveranstaltung durch, müsse eine solche auch bei anderen Vorhaben initiiert werden. Dies könne aber das Stadtplanungsamt nicht leisten, weder personell, noch stünden dafür die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung. In Bezug auf das hier diskutierte Wegerecht verhalte es sich so, dass die Schulleitung einen öffentlichen Zugang kategorisch ablehne. Auch die Fachdienststellen hätten versicherungsrechtliche Bedenken zu einer Öffnung angemeldet. Sie persönlich und die Stadtplaner favorisierten indes klar einen durchlässigen Stadtraum, hätten sich damit aber nicht durchsetzen können. Sie schlägt daher vor, den Offenlagebeschluss mit der Maßgabe zu fassen, dass eine öffentliche

Durchwegung im Bebauungsplanentwurf festgesetzt wird. Ob dies als Wegerecht zugunsten der Allgemeinheit oder als öffentlicher Fuß- und Radweg festgesetzt werde, sei noch zu prüfen. Wichtig sei ihr, dass der Offenlagebeschluss nun erfolge, damit nach Klärung des Sachverhalts unmittelbar mit der Offenlage begonnen werden könne und keine weiteren Zeitverzögerungen eintreten.

Vorsitzende Gordes stellt fest, dass dieser Vorschlag auf allgemeine Zustimmung stößt. Ferner hält sie auf Nachfrage fest, dass keine öffentliche Informationsveranstaltung auf Initiative des Stadtplanungsamtes gewünscht ist. Somit stellt sie den Beschlussvorschlag mit der Maßgabe der Ergänzung des Bebauungsplanentwurfes zum Wegerecht zur Abstimmung:

Ergänzter Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt **mit nachfolgender Maßgabe**, den Bebauungsplan-Entwurf 70449/09 für das Gebiet zwischen Neuerburgstraße im Westen, Kantstraße und Kalker Stadtgarten im Norden, Wiersbergstraße und Christian-Sünner-Straße im Osten und der Dillenburger Straße im Süden (Gemarkung Kalk, Flur 26, Flurstücke 305/56, 334/5, 78, 121, 122, 197, 481/16, 482/16, 490/16, 198, 199, 196, 197, 323/16, 281/16, 484/16, 359/16, 191, 365/16, 195, 194, 205, 202, 203, 1761, 209, 210 und teilweise 70, 331/16) —Arbeitstitel: Wiersbergstraße in Köln-Kalk— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen öffentlich auszulegen.

Vor der Offenlage wird die Verwaltung gebeten, ein Wegerecht für die Öffentlichkeit, bzw. einen öffentlichen Fuß- und Radweg im Bebauungsplanentwurf festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: Barcelona-Allee in Köln-Kalk 2221/2014

Die Vorlage hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes und zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus 2675/2014

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

10.7 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Arnikaweg in Köln-Merheim
2701/2014

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB ein Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet östlich des Arnikaweges, südlich des Fenchelweges, westlich und nördlich der Bebauung an der Straße Auf dem Eichenbrett und der Ostmerheimer Straße (Gemarkung Langenbrück, Flur 71, Flurstück 5070) —Arbeitstitel: Arnikaweg in Köln-Merheim— einzuleiten mit dem Ziel, Wohnbebauung festzusetzen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.8 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes Nummer 63451/02
Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld
2830/2014

RM Frenzel begrüßt das Ergebnis des Wettbewerbes, welches seines Erachtens eine hohe städtebauliche Qualität hervorgebracht habe. Aufgrund der Bürgereingaben sei das Ergebnis jedoch an einigen Stellen verändert worden und er bittet die Verwaltung um Darstellung der städtebaulichen Figur der Eckbetonung. Entgegen dem Wunsch der Anlieger halte er es für wichtig, das Wegerecht für den hinteren Teil des Plangebiets offen zu halten. Zudem lege er Wert darauf, sozialen Wohnungsbau zu integrieren. Er appelliert daher an die Verwaltung, diesbezüglich im Verhandlungswege auf den Investor einzuwirken.

RM De Bellis-Olinger befürwortet ebenfalls das Vorhaben und fragt an, wann mit dem Baubeginn zu rechnen sei.

RM Jahn geht auf die Ausführungen des Herrn Frenzel ein und schlägt vor, die Vorlage mit der Maßgabe, dass die Verwaltung auf dem Verhandlungswege versucht, einen gewissen Anteil öffentlich geförderten Wohnungsbau zu generieren, zur Abstimmung zu stellen. Ferner halte sie es für notwendig, auf dem Areal eine Kindertagesstätte zu integrieren, weil der Bezirk Braunsfeld diesbezüglich unterversorgt sei. Auch dies möge als Maßgabe zur Beschlussvorlage aufgenommen werden.

RM Sterck nimmt anschließend Stellung zum Änderungsbeschluss der Bezirksvertretung Lindenthal. Seines Erachtens möge das Wettbewerbsergebnis nicht weiter aufgeweicht werden, zumal eine Senkung der Gebäudehöhen gleichzeitig zu weniger Wohnraum führe. Deswegen spreche er sich klar gegen den Beschluss der Bezirks-

vertretung aus. In Bezug auf die Durchlässigkeit stimme er voll und ganz mit den Ausführungen des Herrn Frenzel überein.

SE Müller spricht sich mit Nachdruck für eine Übernahme des Beschlusses aus der Bezirksvertretung Lindenthal aus, die sich viele Gedanken hierzu gemacht habe. Selbstverständlich sei auch er für eine sinnvolle Durchwegung und öffentlich geförder-ten Wohnungsbau.

Beigeordneter Höing empfiehlt, nicht weiter vom Wettbewerbsergebnis abzurücken, weil seines Erachtens die Höhen der Umgebung angepasst seien und in einen solch innerstädtischen Bereich passen. In Bezug auf die Durchwegung sei er der gleichen Meinung wie seine Vorredner und selbstverständlich werde er gerne noch einmal mit dem Investor bezüglich des sozialen Wohnungsbaus und der Kindertagesstätte verhandeln.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) antwortet in Bezug auf die Frage von Frau De Bellis-Olinger, dass der Investor gerne sofort mit den Bautätigkeiten beginnen würde, er aber noch kein Baurecht habe. Insofern möge das Verfahren zügig vorange-trieben werden.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit der in der Diskussion herausgearbeiteten Maßgabe zum sozialen Wohnungsbau und der Kindertagesstätte zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Ergänzter Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zur frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. gemäß § 7 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln in der Fassung vom 05.03.2012 (Amtsblatt Nummer 15 der Stadt Köln vom 12.03.2012, Nummer 208) anstelle des Stadtentwicklungsausschusses den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 63451/02 mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet südlich der Wohnbaugrundstücke Maarweg 60 und Wegbergstraße 2 sowie 1 bis 21 und 42, westlich des Betriebsbahnhofes der Kölner Verkehrs-Betriebe AG, nördlich der Scheidtweilerstraße und östlich des Maarweges in Köln-Braunsfeld —Arbeitstitel: Nördlich Scheidtweilerstraße/Maarweg in Köln-Braunsfeld— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage 6 beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.
3. **Die Verwaltung wird gebeten, im Verhandlungswege auf den Investor einzuwirken, öffentlich geförderten Wohnungsbau und eine Kindertagesstätte in dem Plangebiet zu integrieren.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Bebauungsplanverfahren (vorhabenbezogener Bebauungsplan) "Niehler Gürtel 104" in Köln-Weidenpesch;
hier: Beschluss über die Auswahl einer Konzeptvariante als Grundlage für den Bebauungsplan-Entwurf
2900/2014**

Vorsitzende Gordes stellt klar, dass der Beschlussvorschlag der Verwaltung auf die Variante A.1 lautet und nachdem sie allgemeine Zustimmung zu dieser Konzeptvariante feststellt, stellt sie diesen mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, für das Bebauungsplanverfahren – Arbeitstitel: "Niehler Gürtel 104" in Köln-Weidenpesch– Variante A.1 aus Anlage 2 als Grundlage für die weitere Bearbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes zugrunde zu legen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Nippes ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Neusser Straße 774 in Köln-Weidenpesch
2829/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, nach § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB einen Bebauungsplan mit Festsetzungen nach § 9 Absatz 2 a BauGB für das Gebiet östlich der Neusser Straße, nördlich der Grundstücke mit den Flurstücksnummern 1564 und 1566, westlich der Grundstücke mit den Flurstücksnummern 910 und 1159 und südlich der Grundstücke mit den Flurstücksnummern 1549 und 1340 in Köln-Weidenpesch —Arbeitstitel: Neusser Straße 774 in Köln-Weidenpesch— aufzustellen mit dem Ziel, Einzelhandelsnutzungen für zentrenrelevante Sortimente auszuschließen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Nippes ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

**13.1 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes 67490/07
Arbeitstitel: Neusser Straße/Niehler Gürtel in Köln-Weidenpesch, 1. Änderung
2593/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, den Entwurf zur 1. Änderung des Bebauungsplanes mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet begrenzt von der Friedrich-Karl-Straße im Norden, dem Niehler Kirchweg im Osten sowie den Grundstücksgrenzen der bestehenden Bebauung im Süden und Westen in Köln-Weidenpesch —Arbeitstitel: Neusser Straße/Niehler Gürtel in Köln-Weidenpesch, 1. Änderung— nach § 3 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB mit der als Anlage beigefügten Begründung öffentlich auszulegen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Nippes ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.2 Beschluss über die Einleitung betreffend die Änderung des Bebauungsplanes 77349/04
Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 3. Änderung
2841/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes 77349/04 gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) für das Gebiet westlich der Gleisanlagen der Deutsche Bahn AG, von der Troisdorfer Stadtgrenze bis südlich des Ortsteiles Wahn, weiter bis zur Frankfurter Straße, entlang der Frankfurter Straße bis Am Linder Kreuz, Am Linder Kreuz bis zur Autobahn A 59, entlang der Autobahn zurück bis zur Frankfurter Straße, Frankfurter Straße in Richtung Süden bis zur Stadtgrenze von Troisdorf, entlang der Stadtgrenze bis zur Deutschen Bahn —Arbeitstitel: "GE westlich Linder Kreuz" in Köln-Porz-Lind, 3. Änderung— einzuleiten.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

**14.1 Aufhebung des Bebauungsplanes 66420/06
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Bischofsweg in Köln-Raderberg
0903/2013**

RM Sterck bittet um Abstimmung gemäß dem Verwaltungsvorschlag und begründet dies im Einzelnen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes 66420/06 für den Bereich des Bischofsweges zwischen Vorgebirgstraße und Marktstraße —Arbeitstitel: Bischofsweg in Köln-Raderberg— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.2 Teilaufhebung des Durchführungsplanes 70469/02
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Cusanusstraße in Köln-Buchforst
1867/2014**

Die Vorlage hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

**14.3 Teilaufhebung des Bebauungsplanes 70460/04
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Pyrmonter Straße in Köln-Buchforst und Köln-Kalk
1872/2014**

Die Vorlage hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

**14.4 Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nummer 5102
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg
2538/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung des Fluchtlinienplanes Nummer 5102 für Teile der Gremberger Straße (damals Gremberger Weg) zwischen der Rolshover Straße und einem Punkt circa 120 m vor der Poll-Vingster Straße (damals Vingster Weg) sowie die ersten 60 m der Roddergasse in Köln-Humboldt/Gremberg — Arbeitstitel: Gremberger Straße in Köln-Humboldt/Gremberg— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhebung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;
2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk (8) ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**14.5 Aufhebung des Bebauungsplanes 74397/02 und seiner 1. und 2. Änderung
- Einleitungs- und Offenlagebeschluss -
Arbeitstitel: Josefstraße in Köln-Porz
2633/2014**

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage mit Wiedervorlageverzicht zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. das Verfahren zur Aufhebung des Bebauungsplanes 74397/02 und seiner 1. und 2. Änderung für das Gebiet zwischen der Bergerstraße, in Verlängerung der Bergerstraße westwärts hinter den Grundstücken der Rathausstraße 1 bis 19 entlang bis an den Rhein, circa 230 m rheinabwärts, rechtwinklig auf die Hauptstraße, der Hauptstraße, der Steinstraße und den Deutzer Weg in Köln-Porz. Westlich des Deutzer Weges wird der Plangeltungsbereich durch eine 50 m bis 80 m breite Trasse für die Kölner Vorortbahn (heute KVB-Trasse) in zwei Teile geteilt. Die KVB-Trasse ist nicht Inhalt des Plangeltungsbereiches — Arbeitstitel: Josefstraße in Köln-Porz— nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit § 1 Absatz 8 Baugesetzbuch (BauGB) einzuleiten und ihn zum Zwecke der Aufhe-

bung mit der als Anlage beigefügten Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen nach § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen;

2. von einer frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 BauGB abzusehen.

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretung Porz ohne Einschränkung zustimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

15 Sonstige Satzungen

- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Holweide**
Arbeitstitel: Kochwiesenstraße in Köln-Holweide
2043/2014

Die Vorlage hat sich wegen des ausgesprochenen Wiedervorlageverzichts erledigt.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

- 16.1 Beschluss der Bezirksvertretung Kalk: Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Siedlung "In der Handschaft" in Köln-Brück**
0614/2014

SB Frezel begrüßt das Bemühen der Bezirksvertretung Kalk um den Erhalt der Siedlung aus den 30iger Jahren. Er habe sich die Situation vor Ort angesehen. Dabei habe er erkennen müssen, dass mittlerweile sehr viele unterschiedliche Baustile vorherrschen und von dem ursprünglichen Charakter der Siedlung kaum etwas übrig geblieben sei. Insofern sei er der Auffassung, dass ein Bebauungsplan zur Sicherung der Siedlung nunmehr nichts mehr bewirken könne. Stattdessen möge die Verwaltung künftige Baugenehmigungen nach § 34 BauG im Sinne der Siedlungsstruktur eng auslegen.

Vorsitzende Gordes stellt die Vorlage zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss lehnt den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

16.2 Pfandringe an Müllbehältern in der Kölner Südstadt; Beschluss der BV Innenstadt 3007/2014

RM Hegenbarth begrüßt den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt.

RM Dr. Welpmann schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in den Betriebsausschuss der Abfallwirtschaftsbetriebe zu verweisen, da der Stadtentwicklungsausschuss nur am Rande betroffen sei.

RM Stahlhofen spricht sich klar für die Verwaltungsvorlage aus, weil mit dem Anbringen der Pfandringe die Not der Menschen, die auf dieses Zubrot angewiesen seien, geschönt und akzeptiert werde.

RM Frenzel will an dieser Stelle nicht auf die sozialen Aspekte eingehen, weil der Stadtentwicklungsausschuss dafür nicht das richtige Forum sei. Vielmehr gehe es hier darum zu entscheiden, ob Pfandringe aus gestalterischer Sicht der Stadtmöblierung schaden könnten. Und angesichts der bereits vorhandenen Vielzahl von Gestaltungselementen halte er es für durchaus vertretbar, probeweise die Pfandringe an exemplarischen Abfallbehältern zu installieren. Er stimme aber mit Herrn Dr. Welpmann überein, dass überwiegend die Belange des Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetriebe betroffen seien und plädiert daher ebenso für eine Verweisung dorthin ohne Votum.

RM Sterck ist hingegen klar der Auffassung, der Stadtentwicklungsausschuss möge sich positionieren, da dieser für den öffentlichen Raum zuständig sei. Und aus stadtgestalterischer Sicht sei die Maßnahme abzulehnen. Ferner zweifle er auch die Notwendigkeit, bzw. den Vorteil solcher Pfandringe an. Die Erfahrung zeige, dass Pfandflaschen, die auf den Abfallbehältern abgestellt werden, binnen kürzester Zeit mitgenommen würden. Hierzu bedürfe es keiner Pfandringe. Insofern spreche er sich mit Nachdruck für die Verwaltungsvorlage aus.

RM Zimmermann schließt sich den Ausführungen von Frau Stahlhofen an. Das Projekt zielt auf die Verfestigung eines Nebenerwerbs für Menschen mit geringem Einkommen ab, was ihnen aber nicht nachhaltig helfe. Seines Erachtens reiche der Pilotversuch in Ehrenfeld vollkommen aus. Er habe dort zudem die Erfahrung gemacht, dass die Pfandringe nicht angenommen würden. Stattdessen würden sie bevorzugt mit Aufklebern für Werbezwecke verunstaltet.

Vorsitzende Gordes wehrt sich –auch im Namen der CDU-Fraktion- ebenfalls vehement gegen die Anbringung der Pfandringe. Ihr gehe es um das „Aufräumen“ der Stadt und dies bedeute eher weniger als mehr Stadtmöblierung. Pfandringe bewirkten indes das Gegenteil. Im Übrigen sei sie ebenso wie Herr Sterck der Auffassung, dass der Stadtentwicklungsausschuss seine Verantwortung wahrnehmen sollte und ein klares negatives Votum zu dieser Maßnahme ausspricht.

Auch Beigeordneter Höing ist strikt gegen die Pfandringe. Wie von der Vorsitzenden bereits ausgeführt, diskutiere man immerzu über eine Aufwertung des öffentlichen Raums und folge man nun dem Vorschlag der Bezirksvertretung Innenstadt, mache man sich unglaublich. In seinen Augen sei ein solches Projekt für die Innenstadt völlig indiskutabel.

RM Struwe appelliert an die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses, Vertrauen in die Arbeit der Bezirksvertretung Innenstadt zu setzen und ihnen diesen Testlauf zu ermöglichen. Im Übrigen weist er darauf hin, dass jeder, der die Pfandflaschen auf den Abfallbehältern absetzt, eine Ordnungswidrigkeit begehe.

Auf Nachfrage stellt Vorsitzende Gordes fest, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss mehrheitlich für eine Verweisung in den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb ohne Votum ausspricht.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in den Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb.

17 Mitteilungen

17.1 Wohnen in Köln Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2013, Ausblick 2014 2976/2014

Die Mitteilung wurde zu Beginn der Sitzung in die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vertagt.

17.2 Kölner Stadtmodell; hier: Erweiterung um vier Modellbauplatten 3023/2014

RM Sterck äußert sich lobend zur Entwicklung des Kölner Stadtmodells, bittet die Verwaltung jedoch darum, künftig mehr Wert auf die Erweiterung des Modells Richtung Westen und Norden zu legen. Insbesondere fehlten Teile der Neustadt, welche seines Erachtens wichtig seien für eine Gesamtbetrachtung der Innenstadt. Im Gegenzug sollte der Ostrand gekürzt werden, weil dieser Bereich weniger interessant für den Betrachter sei.

17.3 EU-Projektantrag Horizon 2020 3115/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.4 7. Auflage der Broschüre "Der vorhabenbezogene Bebauungsplan - Ein Leitfaden für Architekten, Bauwillige und Investoren" unter besonderer Berücksichtigung des "Kooperativen Baulandmodells Köln" 3030/2014

Vorsitzende Gordes schlägt vor, diese Mitteilung zur nächsten Sitzung wieder aufzugreifen, damit die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschusses ggf. Nachfragen zu der heute als Tischvorlage verteilten Broschüre stellen können.

17.5 Initiativen für das Stadtbild 2010 ff. Schandfleckenbeseitigung und Verschönerungsmaßnahmen
Beschluss des Rates vom 28.04.2005, DS-Nr. 0629/005
3224/2014

In Bezug auf den Sachstand zum Kämpchenshof 2-4 bittet RM Sterck um nähere Informationen zu dem dort genannten Bauantrag (letzter Absatz zu Punkt 32).

Beigeordneter Höing sagt eine Beantwortung zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu.

17.6 Abschlussdokumentation über die Entwicklung im Sanierungsgebiet Finkenberg in Köln-Porz
Verteilung von Druckexemplaren an die Mitglieder des Stadtentwicklungsausschuss und der Bezirksvertretung Porz
3086/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.7 Bürgermeistertreffen zur regionalen Wohnbaulandentwicklung
3185/2014

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.8 Musical Dome, 8. Änderungsvertrag
3306/2014

RM Jahn gibt zu Protokoll, dass der in der Mitteilung genannte Verlängerungstermin bis zum 31.01.2017 strikt eingehalten werden müsse. Einer nochmaligen Vertragsverlängerung werde sie nicht zustimmen.

RM Frenzel nimmt die Mitteilung der Verwaltung zwar zu Kenntnis, fordert jedoch, dass sollte eine weitere Vertragsverlängerung über den 31.01.17 erforderlich werden, hierfür ein Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses einzuholen sei.

RM Sterck ist die Formulierung des Herrn Frenzel wesentlich sympathischer als die von Frau Jahn. Der 31.01.17 könne nicht als Fixpunkt festgesetzt werden, da mögliche Bauverzögerungen nicht ausgeschlossen werden könnten. Ihm sei aber wichtig, mindestens einen Musical-Standort in dieser Stadt zu halten. An die Verwaltung gerichtet fragt er an, wie die Neubauplanungen für den Breslauer Platz voranschreiten.

Beigeordneter Höing antwortet, die Planungen für die Neugestaltung des Breslauer Platzes würden dem Stadtentwicklungsausschuss voraussichtlich Anfang des nächsten Jahres vorgestellt.

18 Mündliche Anfragen

18.1 Mündliche Anfrage des Herrn Dr. Welpmann zur Ausgleichsbilanz "GE Linder Kreuz"

RM Dr. Welpmann fragt an, ob die Bilanz des Ausgleiches zum Bebauungsplanverfahren unter TOP 13.2 – GE westlich Linder Kreuz- 100 Prozent betrage.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamtes) bejaht die Frage.

18.2 Mündliche Anfrage von Frau Jahn zum IHK Kalk-Nord

RM Jahn möchte unter Berufung diverser Pressemitteilungen wissen, ob und wann das Integrierte Handlungskonzept Kalk-Nord zur Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss eingebracht werde.

Frau Kröger (Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) bestätigt, dass ein solches Konzept existiere, es in der vorliegenden Form aber nicht den formalen Anforderungen des Landes entspreche. Insofern müsse sie an einigen Stellen nacharbeiten. Hierfür sei ihr eine Frist bis Januar eingeräumt worden.

18.3 Mündliche Nachfrage von Frau Jahn zum IHK Lindweiler

RM Jahn bittet um Sachstandsmitteilung zum Integrierten Handlungskonzept Lindweiler.

Frau Kröger (Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, die entsprechende Vorlage werde zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 27.11.2014 eingebracht. Parallel hierzu habe sie bereits im letzten Jahr Förderanträge zu kleineren Maßnahmen gestellt.

18.4 Mündliche Anfrage des Herrn Zimmermann zum B-Plan Danzier Straße, Porz-Urbach

RM Zimmermann erläutert, eine Bürgereingabe zur Aufstellung eines Bebauungsplanes in Urbach, Danzier Straße, sei vom Ausschuss für Anregungen und Beschwerden negativ beschieden worden. Anschließend habe aber die Bezirksvertretung Porz einen Beschluss über die Aufstellung gefasst. Er möchte wissen, welchem Beschluss die Verwaltung nun folge.

Frau Müssigmann (stellv. Amtsleiterin des Stadtplanungsamtes) erläutert, der Beschluss der Bezirksvertretung Porz habe sich an den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden gerichtet. Diese habe jedoch die Aufstellung eines Bebauungsplanes abgelehnt und statt dessen ein Mediationsverfahren angeregt. Das heißt, es gebe keinen Auftrag an den Stadtentwicklungsausschuss, weshalb die Verwaltung auch keine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet habe.

18.5 Mündliche Anfrage des Herrn Zimmermann zu der geplanten Spielbank

RM Zimmermann möchte wissen, ob es einen neuen Sachstand zu der geplanten Spielbank gebe.

Frau Müller (Leiterin des Stadtplanungsamt) führt aus, für den Standort der Spielbank sei ein Bebauungsplanverfahren eingeleitet worden. Sobald es hierzu neue Planungs-

schritte gebe, würden diese dem Stadtentwicklungsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt. Derzeit sei der Vorhabenträger gefordert, die ihm auferlegten Anforderungen zu erfüllen.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzende Gordes schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Birgit Gordes
Vorsitzende

gez. Marianne Michels
Schriftführerin